

Projekt-Nr.: 330-9458-09/IR (FKZ: 2631000006)
„Bundesweites Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“

**Anlage zum Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2009:
Sachbericht für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009**

0. Vorbemerkung

Das „Bundesweite Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ (im Folgenden kurz *Clearingprojekt* genannt) wurde zum 1. September 2006 beim Interkulturellen Rat in Deutschland eingerichtet. Der ursprünglich beantragte Projektzeitraum betrug drei Jahre. Er wurde mit Bundesamtsbescheid vom 24. November 2009 um vier Monate bis zum 31. Dezember 2009 verlängert. Das Projekt wurde in diesem Zeitraum durch das Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie durch die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung gefördert. Seit dem 1. Januar 2010 und noch bis zum 31. Dezember 2010 wird das Clearingprojekt im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds (EIF) aus Mittel der Europäischen Kommission gefördert und durch die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung kofinanziert. Fristgerecht wurden im Rahmen des EIF und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Anträge auf Unterstützung des Projekts „Informations- und Koordinationsstelle Muslime in Deutschland“ im Haushaltsjahr 2011 gestellt. Das beantragte Projekt nutzt die vom Projektträger in den Jahren 2006 bis 2010 bei der Durchführung des Clearingprojekts und beim Aufbau von Islamforen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gemachten Erfahrungen und entwickelt diese weiter (s. hierzu Punkt 6 des Sachberichts: „Verstetigungsperspektive“).

Inhaltlich hat der Interkulturelle Rat im Rahmen des Clearingprojekts sowie im Rahmen seiner weiteren Arbeitsfelder in Einzelfragen und in unterschiedlicher Intensität mit Vertretungen der großen muslimischen Verbände – DITIB, ZMD, VIKZ, Islamrat – aber auch mit einzelnen Moscheegemeinden und/oder muslimischen Initiativen und Einzelpersonen zusammengearbeitet. Kooperiert wurde im Rahmen des Projekts darüber hinaus mit nichtmuslimischen Einrichtungen der Zivilgesellschaft und mit staatlichen Stellen auf Bundes- und auf Länderebene sowie in einzelnen Kommunen.

1. Gesellschaftliche Ausgangslage

a) Diskriminierung als (Alltags-) Erfahrung von Muslimen

Die Grundrechteagentur der Europäischen Union hat im Mai 2009 eine Untersuchung zu Minderheiten in der Europäischen Union und ihren Diskriminierungserfahrungen vorgelegt.¹ Die Studie befasste sich mit der Situation von Muslimen in insgesamt 14 Mitgliedstaaten der EU: Österreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Malta, Slowenien, Spanien, Schweden und die Niederlande.

Jeder dritte Befragte fühlte sich in den letzten 12 Monaten mindestens einmal diskriminiert. Dabei lag Deutschland im Mittelfeld. Hier gaben 31 Prozent der Befragten an, im genannten Zeitraum mindestens einmal diskriminiert worden zu sein. Am häufigsten, so die Auswertung der Ergebnisse, passiert Benachteiligung in der Arbeitswelt. Es folgen Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnraumverga-

¹ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA): Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ – Muslime. Band 2 der Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS). Mai 2009.

be oder im Rahmen eines Mietverhältnisses, in Kaffees und Restaurants, in Geschäften sowie bei öffentlichen Behörden und Gesundheitseinrichtungen. Mehr als 10 Prozent aller Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten Opfer einer rassistisch motivierten Straftat geworden zu sein.

Die von der Grundrechteagentur erhobenen Daten basieren auf **subjektiven Einschätzungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen der Betroffenen**. Sie können deshalb lediglich ein Indikator für eine gesellschaftliche Situation sein. Dieser Indikator jedoch findet ein bestätigendes Gegenüber in Befragungen zum Islambild in Deutschland und Europa:

Mitte November 2009 veröffentlichte das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld im Rahmen eines Langzeitforschungsprojekts zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Ergebnisse einer Untersuchung über die aktuelle europäische Situation.² Im Hinblick auf Muslime und den Islam kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen: 46 Prozent aller in Deutschland befragten Personen stimmen der Aussage „Es gibt in diesem Land zu viele Muslime“ eher oder sogar voll und ganz zu. Der Aussage, dass Muslime zu viele Forderungen stellen, stimmen in Deutschland 54,1 Prozent eher oder sogar voll und ganz zu. Der Aussage, dass der Islam eine Religion der Intoleranz sei, stimmen in Deutschland 52,5 Prozent aller Befragten ganz oder teilweise zu. Im europäischen Vergleich weicht die Bundesrepublik mit ihren Befragungsergebnissen nicht ab. Die Untersuchung hält fest: „Generell unterscheiden sich die acht untersuchten Länder nicht sehr voneinander in Bezug auf ihre Einstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam. Geringfügig niedrigere Werte finden sich in Portugal, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien, vergleichsweise höhere Werte in Deutschland, Ungarn, Italien und Polen.“

Diese Befunde decken sich weitgehend mit anderen Erhebungen zum Themenkreis „Islam und Muslime“ aus den vergangenen Jahren. Genannt seien u.a. die Umfrage des Instituts für Demoskopieforschung Allensbach aus dem Jahr 2006 sowie die regelmäßigen Untersuchungen im Rahmen der Deutschen Zustände von Prof. Dr. Heitmeyer oder Studien, die die Universität Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Jahren 2006 und 2008 durchgeführt hat. Aus den genannten Untersuchungen ergeben sich deutliche Hinweise auf die in der Mehrheitsbevölkerung verbreitete Bereitschaft, Muslime gesellschaftlich auszugrenzen und in der Ausübung ihrer Religion zu beschneiden.

b) Angst und Skepsis gegenüber dem Islam und den Muslimen

Hinter den in den genannten Untersuchungen in Deutschland - und Europa – zum Ausdruck kommenden verbreiteten Vorbehalten gegenüber Muslimen und dem Islam können sehr unterschiedliche Motive stehen. Die sichtbare Präsenz muslimischen Lebens in der Öffentlichkeit durch kopftuchtragende Frauen oder durch repräsentative Moscheebauten ist ebenso wie der soziale Aufstieg von Muslimen ein relativ neues Phänomen. Beides führt in der Mehrheitsgesellschaft zu Irritationen und Abwehrreaktionen. Sie reichen von konservativen Ängsten um die ge-

² Zick, Prof. Dr. Andreas und Dr. Beate Küpper: Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Herausgegeben vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld und erarbeitet in Kooperation mit einem internationalen Team von WissenschaftlerInnen der Universitäten Amsterdam, Bielefeld, Budapest, Grenoble, Lissabon, Marburg, Oxford, Padua, Paris, und Warschau. November 2009

wachsene kulturelle Identität dieser Gesellschaft über Befürchtungen hinsichtlich der inneren Sicherheit bis hin zu Sorgen um die Bewahrung emanzipatorischer Errungenschaften und Freiheitsrechte. Immer stehen Muslime und der Islam dabei für „das Andere“: entweder für eine fremde Religion oder für den Autoritarismus vormoderner Lebensformen.

Über all diese Fragen und die sich hieraus ergebenden Herausforderungen im Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen kann und muss vehement, wo nötig kontrovers und jederzeit sachlich gestritten und diskutiert werden. Die vom damaligen Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble initiierte und von seinem Nachfolger Thomas de Maizière fortgesetzte Deutsche Islam Konferenz, die Durchführung von verschiedenen Pilotprojekten zur Einführung islamischen Religionsunterrichts und der Beheimatung des Islams im Schulleben, das entschiedene Eintreten von Kommunalpolitikern für das Recht auf den Bau von Moscheen sowie zivilgesellschaftliche und/oder staatlich geförderte Dialog-, Schlichtungs-, Beratungs- und Begegnungsprojekten haben in diesem Zusammenhang eine wichtige und integrationsfördernde Funktion. Sie machen deutlich, dass die mit der Präsenz von etwa vier Millionen Muslimen verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen und die Bedürfnisse der Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft von politisch Verantwortlichen sehr ernst genommen werden. Das hat positive Signalwirkung auch auf die Zivilgesellschaft: Als beispielsweise rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien und Bewegungen im Herbst 2008 den Versuch unternahm, bestehende Ressentiments gegen den Bau einer repräsentativen Moschee in Köln anzuheizen und politisch auszubeuten, zeigten viele Kölner Flagge. Mit phantasievollen Mitteln gaben sie zu erkennen, dass sie von einer Ausgrenzungspolitik gegenüber Muslimen nichts halten und dass der Islam für sie längst selbstverständlich zur Stadtgesellschaft gehört.

c) **Antimuslimischer Rassismus**

Auch wenn das Thema Islam in der Innenpolitik mittlerweile angekommen ist, hat das Problem anti-islamischer Stereotype und anti-muslimischer Ressentiments bis vor kurzem wenig politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit gefunden. Selbst der islamfeindlich motivierte Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini, die Anfang Juli 2009 mitten in einem Dresdener Gerichtssaal niedergestochen wurde, hatte daran nichts geändert. Erst Ende 2009 hat der Erfolg der Kampagne für ein Minarettverbot in der Schweiz sowie die Behauptung von Parallelen zwischen antisemitischen und antimuslimischen Vorurteilen und Stereotypen hierzulande eine kontroverse Debatte über das Thema Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus losgetreten.

Die bereits in diesen Sachbericht eingeführten Ergebnisse repräsentativer Befragungen lassen keinen Zweifel an der Relevanz der Herausforderung: Vorhandene anti-islamische Vorbehalte verhärten sich vielfach zu rassistischen Stereotypen, mit denen Muslimen eine kollektive Mentalität zugeschrieben wird, hinter der der einzelne Mensch – mit seinen Überzeugungen, Haltungen und Verhaltensweisen – gleichsam verschwindet.

Der rassistische Dreischritt, der dabei zur Anwendung kommt, funktioniert wie folgt:

- Das Individuum wird ungefragt einer (zuvor konstruierten) Gruppe zugewiesen.
- Diese Gruppe und die ihr Zugeordneten werden abgewertet, indem man ihnen bestimmte unveränderbare negative Eigenschaften, Verhaltensweisen und Handlungsmuster zuschreibt ("Der Schwarze ist so und so").
- Damit werden Diskriminierungen ("In meinem Verein will ich Kameltreiber nicht sehen und nicht riechen müssen") bis hin zur Gewaltanwendung ("Die müssen weg, wenn nicht freiwillig dann mit Gewalt") legitimiert.

Im Zusammenhang mit Muslimen sind einige der zugeschriebene unveränderbaren Merkmale die Ablehnung der Demokratie, die Unterdrückung der Frau oder der Vorwurf, sich zur Erreichung ihrer Ziele der Täuschung zu bedienen (Ta-qiyya). Besonders heftig toben sich anti-islamische Ressentiments im Internet aus, etwa in dem Blog „Politically Incorrect (PI)“, der täglich regelmäßig knapp 50.000 Mal abgerufen wird. In vielen darin veröffentlichten Wortbeiträgen kommt Verachtung, ja blanker Hass gegenüber Muslimen zum Ausdruck. „Islamophobic and proud of it“, lautet die Aufschrift auf einem T-Shirt, für das in PI geworben wird. Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, der durch seine rassistische Ausgrenzungsrhetorik gegenüber Muslimen auf sich aufmerksam macht und den Koran gelegentlich mit Hitlers „Mein Kampf“ verglichen hat, gilt in dieser Szene als Star. Leseproben:

- Leider ist die erste bis vierte Generation der Moslems nicht integrierbar. Wenn du einem Moslem etwas leihst, so bildet er sich bald ein, es gehöre ihm. Willst du es zurück, wird er gewalttätig oder ist beleidigt.
- MUSLIME sind der Abschaum und leben nach der Scharia, welche menschenverachtend ist und jeden Krieg befürwortet.
- Ich hoffe, dass das ganze dreckige stinkende Islamistenpack auf Deutschlands Strassen bald massakriert wird und wir wieder in Ruhe leben können, ohne den muslimischen Abschaum!
- Jeder weiß was passiert, aber keiner tut was. Jagd das Pack aus dem Land, wenn nötig mit Gewalt.

Zum Abgleich: „Der Islam ist eine „verrückte, gefährliche Religion. Die Anhänger des Islam sind Islamisten, die Deutschland nach ihren verrückten Vorstellungen verändern wollen. Niemand kann von mir erwarten, dass ich meine Feinde in meiner Nähe dulden muss. Falls sie in meine private Sphäre eindringen wollen, werde ich schnell nervös.“ Das sind – laut Süddeutscher Zeitung vom 28. Oktober 2009 – einige der Aussagen, die Alex W., der verurteilte Mörder von Marwa S. in einem Schreiben an das Amtsgericht Dresden in dem ursprünglichen Beleidigungsprozess zu seiner „Verteidigung“ vorgebracht hat.

2. Gesellschaftliche Herausforderungen

a) Gleichbehandlung gewährleisten

Die gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung von Muslimen, die sich in den in Punkt 1a) angeführten Untersuchungen und Studien ihren Niederschlag findet, ist ein gefährlicher Nährboden für Extremismus und fördert und begünstigt bei einigen Muslimen die Abwendung von der nichtmuslimischen Mehrheitsge-

sellschaft und die Ausprägung abgeschotteter Strukturen. Im Interesse eines gelingenden Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen muss es für staatliches wie für zivilgesellschaftliches Agieren jederzeit handlungsleitend sein, der Diskriminierung entgegenzutreten und Muslime in Deutschland mit einer „Politik der strikten Gleichbehandlung“ – das bedeutet keine Benachteiligung, aber auch keine Bevorzugung – für diesen Staat, für diese Gesellschaft und für seine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gewinnen. Gleichbehandlung ist das beste Mittel, um Solidarisierungseffekten oder dem Entstehen einer muslimischen „Sympathisantenszene“ mit den wenigen gewaltbereiten Islamisten in Deutschland vorzubeugen.

b) Probleme offen ansprechen

In einer offenen und von Zu- und Abwanderung geprägten Gesellschaft sind mittelbar oder unmittelbar mit der Einwanderung verbundene Konflikte und Probleme eine nicht wegzudiskutierende Realität. In der Bundesrepublik Deutschland mit einer Einwanderungsgeschichte, an der Menschen aus islamisch geprägten Ländern maßgeblich mitgeschrieben haben und angesichts gegenwärtiger internationaler Konflikte und Konfliktlinien drehen sich manche der in Deutschland zu bearbeitenden Konflikte und Herausforderungen auch um das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen. Das zeigen u.a. Untersuchungen über das deutsche Bildungssystem und den Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen (PISA und IGLU), zu antisemitischen und demokratiefeindlichen Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen (Brettfeld/Wetzel: Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland) zum Verhältnis von Religiosität und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen (Pfeiffer, Christian und Dirk Baier: Religion, Integration und Delinquenz junger Menschen in Deutschland. Herausgegeben vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. im Mai 2010).

Die Schönfärberei bzw. die Bagatellisierung bestehender Probleme in der Einwanderungsgesellschaft wäre integrationshemmend und im Hinblick auf das angestrebte gute Zusammenleben kontraproduktiv. Vielmehr geht es bei Fragen wie dem Verhältnis zu Demokratie und Gewalt, dem Geschlechterverhältnis, antisemitischen und/oder homophoben Haltungen und Einstellungen sowie Fragen der Bildung darum, die Phänomene klar zu benennen, angemessen zu beschreiben und präzise zu analysieren. Dabei geht es insbesondere darum, (a) zwischen religiösen, kulturellen und sozialen Faktoren zu trennen bzw. auf Wechselwirkungen hinzuweisen und (b) jederzeit lösungsorientiert zu diskutieren.

c) Rassisten isolieren

Rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen wie die NPD, die Republikaner und die sogenannten pro-Bewegungen versuchen, mit der verbreiteten Skepsis gegenüber dem Islam und den Muslimen ihre Anhängerschaft auszubauen und für ihre demokratiefeindlichen Zwecke zu mobilisieren. Mit rassistischen und populistischen Kampagnen gegen das Kopftuch oder den Bau von Moscheen und Minaretten versuchen sie, Mehrheiten in der Bevölkerung zu gewinnen. In Wahrheit geht es ihnen um etwas anderes: Sie sind auf der Suche nach Mehrheiten zur Veränderung der demokratischen Gesellschaft – dabei ist ihnen jedes geeignete Mittel und jedes geeignete Thema recht. Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft ist es, dieser Strategie entschieden entgegenzutreten und deutlich zu machen, dass nicht Muslime, sondern Rassisten eine Gefahr für unsere Demo-

kratie sind – ganz gleich welcher Glaubensrichtung sie angehören oder Weltanschauung sie angehören.

3. Konsequenzen für das Projekt: Projektziele

Wegen der beschriebenen gesellschaftlichen Wirklichkeit und der hieraus abzuleitenden Herausforderungen versteht sich das *Clearingprojekt* als Einrichtung

- für Muslime, die sich in ihren Rechten verletzt oder von Diskriminierung betroffen sehen;
- für Nicht-Muslime, die kritische Anfragen an das konkrete Verhalten von Muslimen haben;
- die sich darum bemüht, die Gesellschaft über muslimisches Leben in Deutschland zu informieren und aktuelle gesellschaftliche Debatten über das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland zu versachlichen und
- rassistische Agitation gegenüber Muslimen im Internet sowie in Schriften und bei Veranstaltungen aufzuzeigen und ihr durch die Schaffung bzw. Koordinierung von breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen entgegenzuwirken.

4. Aktivitäten im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum war das Projekt durch folgende Maßnahmen und Aktivitäten darum bemüht, die genannten Projektziele umzusetzen:

a) Bearbeitung von Eingaben und Anfragen an das *Clearingprojekt*

Durchschnittlich erreichten das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum etwa 100 Anfragen und Eingaben unterschiedlichster Qualität und Intensität. Damit ist die Zahl der beim Projekt eingehenden Eingaben und Anfragen gegenüber dem Berichtsjahr 2008 konstant geblieben. Anfragen und Eingaben erreichten den Projektträger telefonisch, per Mail, Brief oder durch persönliche Gespräche im Rahmen der Gremien- oder Öffentlichkeitsarbeit. Im einzelnen gliedern sich die Anfragen wie folgt auf:

Monat	Anfragen	davon im Projekt arbeitet	davon in Strukturen vermittelt	davon weiterverwiesen	davon nicht bearbeitet
Januar	97	35	21	23	18
Februar	89	44	18	11	16
März	124	43	22	17	42
April	121	58	16	21	26
Mai	92	43	16	24	9
Juni	96	40	24	18	14
Juli	72	38	14	13	7
August	85	36	22	12	15
September	112	53	17	24	18
Oktober	99	46	23	15	15
November	104	48	28	17	11
Dezember	87	41	14	17	15
Gesamt	1.178	525	235	212	206

Auch im Berichtsjahr 2009 wurde die im grundlegenden Projektantrag vom 27. September 2006 bezifferte Erwartung von monatlich zwischen 120 und 150 Anfragen und Eingaben nicht erreicht. Mögliche Gründe für die Differenz zwischen erwarteten und tatsächlichen Anfragen und Eingaben sind in dem Sachbericht für das Jahr 2007 dargelegt, der den Zuwendungsgebern vorliegt. Die genannten Gründe bestehen fort.

Erläuterung der Kategorien

- ***Davon nicht bearbeitet:*** Bei etwa 17,5 Prozent der im Berichtszeitraum beim *Clearingprojekt* anhängig gemachten Anfragen und Eingaben (206 Vorgänge) handelte es sich um meist anonyme und in der Regel islamfeindliche Eingaben per Mail, Brief oder Telefon, in denen generalisierende und pauschale Vorwürfe gemacht wurden, die eine sachlichen Diskussion nicht zuließen. In diesen Fällen hat das *Clearingprojekt* in der Regel nicht reagiert, um ineffektive und ergebnislose Endlosdiskussionen zu vermeiden. Die Monate, in denen sich Kontakte dieser Qualität signifikant häuften, waren Zeiträume, in denen der Projektträger besonders öffentlichkeitswirksam zum Thema „Zusammenleben mit Muslimen“ und „antimuslimischer Rassismus“ Stellung genommen hat - im März und April 2009 im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ und im September 2009 anlässlich einer Veröffentlichung zum Thema „antimuslimischer Rassismus“, in der auch eine Bilanz des *Clearingprojekts* veröffentlicht wurde.
- ***Davon weiterverwiesen:*** Im Berichtsjahr 2009 erreichten das Projekt 212 Anfragen und Eingaben (entspricht ca. 18 Prozent), die außerhalb seines eigentlichen Kompetenzbereichs lagen. Dabei handelte es sich wie in den Jahren zuvor meist um ausländerrechtliche Anfragen und Eingaben zur Staatsangehörigkeit sowie um Anfragen, die in den Geltungsbereich der im Jahre 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes fallen und bei denen der Vorwurf der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft im Raum stand. In diesen Fällen hat das Projekt nach dem Erstkontakt regelmäßig an kompetente Ansprechpartner in staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Strukturen verwiesen.
- ***Davon im Projekt bearbeitet bzw. in Strukturen vermittelt:*** Insgesamt 760 Anfragen und Eingaben wurden während des Berichtszeitraums 2009 bearbeitet bzw. nach Rücksprache mit den Betroffenen an kompetente zivilgesellschaftliche oder staatliche Strukturen weitervermittelt. Dabei sank die Zahl der im Rahmen des Projekts bearbeiteten Anfragen und Eingaben gegenüber dem Berichtsjahr 2008 um etwa 10 Prozent, während die Zahl der in andere Strukturen weitervermittelten Anfragen und Eingaben annähernd gleich blieb. Das Verhältnis zwischen im Rahmen des Projekts bearbeiteten zu in externe Strukturen vermittelten Anfragen und Eingaben hat sich damit stark zugunsten der Weitermittlung in kompetente Beratungsstrukturen verschoben. Dies erklärt sich auch mit dem hohen Spezialisierungsgrad verschiedener Anfragen und Eingaben (z.B. zur religiösen Praxis oder zu Problemen bei Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen), insbesondere aber durch die im Projektverlauf stark ausgeweitete Vernetzung des Projekts. Die Weitermittlung in kompetente Beratungsstrukturen trug erheblich dazu bei, die bereits in den Sachberichten für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 dargelegten Arbeitsbelastung im Rahmen des Projekts den gegebenen Ressourcen anzupassen.

Zur methodischen Vorgehensweise des *Clearingprojekts* bei Anfragen und Eingaben verweisen wir erneut auf die ausführlichen Ausführungen in dem Sachbericht für den Zeitraum 1. September bis 31. Dezember 2006, der den Zuwendungsgebern vorliegt.

Handlungsfelder

Einige der Handlungsfelder und Fragestellungen, mit denen das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum besonders intensiv befasst war, sollen im folgenden umrissen und kurz beschrieben werden:

Viele Anfragen und Eingaben an das Clearingprojekt drehten sich auch im Berichtsjahr 2009 um das Tragen des **muslimischen Kopftuchstuchs** in der Schule, in Behörden, Universitäten oder in der Arbeitswelt. Dabei ist immer wieder deutlich geworden, dass die Argumente und Deutungsmuster, mit denen einige Landesgesetzgeber Lehrkräften das Tragen religiöser Symbole (insbesondere des Kopftuchs) in der Schule untersagten, als Legitimation für die starke Ausgrenzung kopftuchtragender muslimischer Frauen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen herangezogen werden – obwohl die Frage des Verhältnisses zwischen dem Neutralitätsgebot des Staates und dem Erziehungsrecht der Eltern einerseits und der Religionsfreiheit andererseits in diesen Bereichen keine besondere Rolle spielt. Vereinzelt war das Clearingprojekt mit Eingaben befasst, in denen Schulleitungen muslimischen Schülerinnen das Tragen des Kopftuchs untersagen wollten. Das Clearingprojekt hat in solchen Fällen Kontakt mit den Schulleitungen aufgenommen und auf die rechtliche Situation und auf die Handreichung hingewiesen, die die Deutsche Islam Konferenz im Juni 2009 zu „Religiös begründeten schulpraktischen Fragen“ beraten und bearbeitet hat. Häufiger ging es im Berichtsjahr 2009 um die Diskriminierung kopftuchtragender muslimischer Hochschülerinnen und Absolventinnen bei der Suche nach Praktikumsplätzen und Arbeitsstellen. Muslimische Betroffene geben an, diese Ausgrenzungserfahrungen seien für sie zwischenzeitlich alltäglich geworden. Nachfolgend ein exemplarisches Zitat aus der Ablehnung, die eine Bewerberin auf eine freie Stelle in einem Planungs- und Architekturbüro erhalten hat: *„Eine Mitarbeiterin mit islamistischer Grundeinstellung mit dem Symbol des Kopftuches als Unterdrückung der Frauen kommt nicht in Frage. Das Kopftuch ist ein Symbol politisch gewollter Unterdrückung und kein Ausdruck persönlichen Glaubens (wie fälschlicher Weise oft behauptet wird). Dies können wir bei uns im Büro leider nicht akzeptieren.“*

Das Clearingprojekt hat in Fällen wie diesem den Kontakt mit der ausgrenzenden Konfliktpartei gesucht und Vermittlung angeboten, gegebenenfalls Öffentlichkeit hergestellt oder die betroffenen Frauen auf Möglichkeiten hingewiesen, die der Rechtsweg (z.B. aufgrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes) eröffnet und sie in kompetente und lokale Beratungsstrukturen vermittelt. Zudem wurde das Thema im Rahmen des Projekts bei der **Erfahrungstagung** im November 2009 (siehe hierzu Punkt 4d) des Sachberichts) ausführlich beraten und eine **Arbeitsgruppe „Muslimische Frauen“** eingerichtet, die sich im 2. Halbjahr 2009 intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und an einem Papier gearbeitet hat, das die aktuelle Situation beschreibt und Strategien zur Überwindung der Ausgrenzung (kopftuchtragender) muslimischer Frauen aus dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt skizziert (siehe hierzu Punkt 4e) des Sachberichts). Die Arbeitsgruppe und die Weiterarbeit an dem Strategiepapier wurden kalenderjahrüber-

greifend in die Arbeit des Clearingprojekts im Jahre 2010 überführt, in dem das Projekt aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds kofinanziert und weiterhin von der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung unterstützt wird.

Das Clearingprojekt ist im Berichtsjahr zudem bei entsprechenden Anfragen und Eingaben beratend und unterstützend tätig geworden, wenn es in Kommunen um Auseinandersetzungen und Diskussionen um den **Bau von Moscheen** gekommen ist. Muslimische Eltern und Schulen wurden in **Fragen des Schulalltags** beraten, bei denen es z.B. um Fragen der Teilnahme bzw. Befreiung muslimischer Mädchen am bzw. vom Sport- und Schwimmunterricht oder darum ging, ob und in wie weit muslimische Feste und Feiertage in den Schulalltag integriert werden können oder sich der Fastenmonat Ramadan als Herausforderung für den Schulalltag und insbesondere für muslimische Schülerinnen und Schülern in Abgangsjahrgängen erwiesen hat. Hierzu hat das Clearingprojekt im August 2009 die „Ergebnisse einer Befragung muslimischer Verbände und Organisationen zu Problemen und Chancen bei der Integration des Ramadan in den schulischen Alltag“ veröffentlicht und auf seiner Homepage zum Download bereitgestellt.

Wie in den vorangegangenen Projektjahren hat das Clearingprojekt auch im Berichtsjahr 2009 das Gespräch mit **Dienstleistern, Wohnraumverwaltern und Vermietern** gesucht, die Muslime von ihren Angeboten ausgeschlossen haben. Das Projekt war zudem vermittelnder Ansprechpartner bei **Beziehungsproblemen** zwischen Muslimen und Nichtmuslimen und immer wieder auch eine Einrichtung, die eingabe- und anfragegestützt wie selbst initiativ werdend auf **Muslimen und muslimische Organisationen** zugegangen ist und eingewirkt hat, die durch ihr Verhalten **andere Minderheiten diskriminiert** oder Positionen z.B. gegenüber Homosexuellen oder Frauen vertreten haben, die mit den Werten und Normen unserer Verfassung nicht vereinbar waren.

Parallel dazu haben wir durch die Beantwortung von Informationsanfragen, die beratende Mitarbeit an Konzepten und themenorientierten Projekten sowie durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch im Berichtsjahr 2009 versucht, aktuelle Debatten um das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen zu versachlichen. Fragestellungen und Themenkomplexe, an denen das Clearingprojekt mitgearbeitet bzw. zu denen es sich geäußert hat, waren u.a.

- Grenzziehung zwischen Islamkritik und antimuslimischem Rassismus;
- Mobilisierungsstrategien rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen im Zusammenhang mit Islam und Muslimen;
- Fortsetzungsperspektive der Deutschen Islam Konferenz in der Legislaturperiode 2009 bis 2013;
- Der Moscheebau als Ausdruck muslimischer Präsenz in Deutschland;
- Interreligiöse Inhalte der Studien- und Prüfungsordnungen in den Fächern Katholische und Evangelische Theologie;
- Gebetsräume für Religionsgemeinschaften im Betrieb;
- Mitarbeit an der Entwicklung von Untersuchungen und Studien zum Stand der Integration und/oder zu Diskriminierungserfahrungen von Muslimen in Deutschland und
- Erarbeitung eines Konzepts für Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Islam und Muslime in Rheinland-Pfalz.“

Das *Clearingprojekt* informiert bei solchen Anfragen in direkten Gesprächen, durch Stellungnahmen, durch Literaturhinweise oder durch die Vermittlung von Kontakten und Gesprächspartnern.

b) Mitarbeit in Organisationen, Gremien und Netzwerken

Im Berichtszeitraum hat das *Clearingprojekt* – vertreten durch den Projektleiter – regelmäßig u.a. in folgenden Organisationen, Strukturen, Netzwerken und Gremien mitgearbeitet und dabei entweder aktuelle Arbeitsschwerpunkte und den Projektfortgang vor- und zur Diskussion gestellt oder sein Fachwissen zu Fragen der Integration von Muslimen zur Verfügung gestellt:

- Aktionsbündnis muslimischer Frauen
- Arbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte in Hessen und Rheinland-Pfalz
- Arbeitskreis Ausländische Arbeitnehmer/Migration bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
- Ausländerbeauftragter der Stadt Leipzig
- Ausländerbeirat der Stadt Worms
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Deutsches Islamforum
- europäisches forum für migrationsstudien der Universität Bamberg
- Grundrechteagentur der Europäischen Union
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
- Fachhochschule Frankfurt am Main – FB Sozialwissenschaften
- Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern (Plenum und Geschäftsführende Arbeitsgruppe)
- Hessisches Islamforum
- Human Rights Watch
- Kompetenzzentrum muslimischer Frauen in Frankfurt am Main
- Koordinationsrat der Muslime in Deutschland
- Koordinierungsrat der Deutschen Islamforen
- Industriegewerkschaft Metall
- Landtagsfraktion der FDP in Rheinland-Pfalz
- Initiativausschuss Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
- Integrationsbeirat des Landes Rheinland-Pfalz
- Interkultureller Rat in Deutschland
- Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte
- Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
- Universität Darmstadt – FB Erziehungswissenschaften
- Universität Erlangen Nürnberg – Lehrstuhl für Menschenrechte
- Universität Frankfurt am Main – FB Islamwissenschaft

c) Erarbeitung und Verbreitung von Informationsmaterialien / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Folgende Materialien und Artikel wurden im Rahmen des Clearingprojekts: Zusammenleben mit Muslimen im Berichtsjahr 2009 veröffentlicht bzw. erarbeitet:

- **Ergebnisse einer Befragung muslimischer Verbände und Organisationen zu Problemen und Chancen bei der Integration des Ramadan in den schulischen Alltag:**

Das Clearingprojekt hat sich 2008 und 2009 an verschiedene muslimische Organisationen und Verbände gewandt und um Stellungnahmen zur Frage "Ramadan in der Schule" gebeten. Hintergrund waren Anfragen von Lehrkräften an das Clearingprojekt, in denen berichtet wurde, dass einige muslimische Schülerinnen und Schüler während des Ramadan in ihren schulischen Leistungen stark nachlassen. Die anfragenden Lehrkräfte problematisierten dies besonders im Hinblick auf Jugendliche in Klassen, die einen Schulabschluss anstreben. Sie führten aus, dass Leistungsverlechterungen in manchen Fällen den erfolgreichen Schulabschluss erheblich gefährden und damit die beruflichen Perspektiven negativ beeinträchtigen. Als zentrale Probleme benannten die an das Clearingprojekt herantretenden Lehrkräfte und Schulleiter bei den betroffenen Schülerinnen und Schülern

a) eine Leistungsschwäche aufgrund des eigentlichen Fastens und

b) eine Verschiebung des Schlaf-Wachrhythmus, die zu übermäßiger Müdigkeit und mangelnder Konzentration führe.

Die bis Juli 2009 beim Clearingprojekt eingegangenen Stellungnahmen muslimischer Organisationen, Verbände und Einzelpersonen hat das Projekt im August 2009 zusammengestellt und mit Blick auf den kurz darauf beginnenden Fastenmonat Ramadan der Öffentlichkeit auf seiner Homepage zugänglich gemacht.

- **„Warum das Islambild verändern?“ - Bilanz des Bundesweiten Clearingprojekts: Zusammenleben mit Muslimen**

Im Rahmen des von Jürgen Micksch herausgegebenen und im September 2009 erschienenen Sammelbandes „Antimuslimischer Rassismus – Konflikte als Chance“ hat der Projektverantwortliche unter dem Titel *„Warum das Islambild verändern? Erfahrungen des Clearingprojekts: Zusammenleben mit Muslimen“* eine umfassende Bilanz der dreijährigen Projektarbeit veröffentlicht und **kostenlos an Kooperationspartner und Wegbegleiter des Projekts seit 2006 versendet**. Neben der Beschreibung relevanter Handlungsfelder für das Projekt in den Jahren 2006 bis 2009 findet sich in dem Beitrag auch eine Einschätzung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Projektarbeit, der hieraus abzuleitenden Herausforderungen sowie der erzielten Erfolge und hinzunehmenden Misserfolge.

- **„Rassismus hat viele Gesichter: Erscheinungsformen des antimuslimischen Rassismus“**

Mit den Erscheinungsformen und der Wirkungsmacht von antimuslimischem Rassismus befasst sich der vom Projektverantwortlichen für das Materialheft für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2010 verfasste Beitrag *„Rassismus hat viele Gesichter: Erscheinungsformen des antimuslimischen*

Rassismus“. Das Heft erschien im Dezember 2009 in einer Auflage von 4.500 Exemplaren und wurde kostenlos an zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus verteilt, die im Jahr 2010 vom 15. bis 28. März stattfanden.

- **„Islamfeindlichkeit und Diskriminierung von Muslimen“**

Gemeinsam mit dem seinerzeitigen Direktor der Deutschen Institut für Menschenrechte und jetzigen Inhaber des Menschenrechts-Lehrstuhls an der Universität Erlangen-Nürnberg hat der Projektverantwortliche im Berichtsjahr 2009 den o.g. Beitrag für den *Grundrechtebericht 2010* verfasst, der im Mai 2010 erschienen ist. Darin schildern die Autoren – gestützt auf Erfahrungen des Clearingprojekts: *Zusammenleben mit Muslimen* – Ausgrenzungsmechanismen, die in Deutschland gegenüber Muslimen zur Anwendung kommen und die konkreten Dimensionen der Diskriminierung, die für viele Muslime eine massive Alltagschwernis darstellt.

Auf der Homepage des Interkulturellen Rates, in Pressemitteilungen und in den regelmäßigen Informationen des Projektträgers wurde über den Fortgang des Projekts regelmäßig informiert. Ergebnisse der Projektarbeit wurden im Berichtszeitraum immer wieder auch von Nachrichtenagenturen aufgegriffen und fanden Niederschlag in regionalen und überregionalen Tageszeitungen.

d) Erfahrungstagung 2009 des Clearingprojekts

Am 23. November 2009 wurde in Frankfurt am Main eine Erfahrungstagung durchgeführt, in der die Diskriminierungserfahrungen muslimischer Studentinnen und Hochschulabsolventinnen bei Zugang zu Praktikums- und Arbeitsplätzen sowie die Frage nach der Grenzziehung zwischen Islamkritik und antimuslimischem Rassismus im Mittelpunkt der Beratungen standen. Damit wurden Themenbereiche aufgegriffen, mit denen das Clearingprojekt im Berichtszeitraum intensiv befasst war. Zudem diente die Tagung der Bilanzierung der dreijährigen Arbeit des Projekts. Das Programm der Tagung sowie die Redebeiträge der Referentinnen und Referenten und eine Liste der Teilnehmenden liegen bei.

e) Arbeitsgruppe „Muslimische Frauen

Ausgehend von den Diskriminierungserfahrungen muslimischer Studentinnen und Hochschulabsolventinnen bei Zugang zu Praktikums- und Arbeitsplätzen hat das Clearingprojekt im Berichtszeitraum eine Arbeitsgruppe „Muslimische Frauen“ ins Leben gerufen, die sich mit dieser und weiteren Fragen der gesellschaftlichen Situation muslimischer Frauen befasst und ihre Arbeit über das Ende der Projektförderung durch das Bundesamt auch im Jahr 2011 fortsetzt. Neben der Frage der Diskriminierung muslimischer Studentinnen und Absolventinnen waren und sind weitere Beratungsgegenstände: Das Bild muslimischer Frauen in der Öffentlichkeit, Frage der Ganzkörperverschleierung, Zwangsverheiratung (Situation der Betroffenen, Sanktionsmechanismen und Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen) sowie Aufbau von Netzwerken muslimischer Frauen und antimuslimische und islamfeindliche rassistische Blogs im Internet (siehe zu den Arbeitsschwerpunkten ausführlich das Protokoll der 1. Zusammenkunft der Arbeitsgruppe am 30. Oktober 2009 – Anlage 10). Die Arbeitsgruppe ist im Berichtszeitraum zweimal zusammengekommen und hat den Entwurf eines Positionspapiers „Starke Frauen – schwerer Weg“ beraten, das voraussichtlich im Sommer dieses Jahres im Rahmen des Clearingprojekts erscheinen wird.

5. Fazit

Das *Clearingprojekt* hat sich in vielen Einzelfällen als tauglich und hilfreich erwiesen, wenn es darum geht, konkrete Konflikte zu lösen. Deutlich öfter konnte es einen Beitrag dazu leisten, aufkommende Konflikte und ihre Austragung zu versachlichen oder von vorneherein durch den Ausgleich von Interessen Konflikte nicht entstehen zu lassen.

Das Projekt war eine Art Lackmuspapier für den Stand des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen. Der Eindruck nach mehr als drei Jahren intensiver Projektarbeit: Es gibt zweifellos Probleme, es gibt aber auch sehr viel Normalität im Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen. Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben zukünftiger Projektarbeit in diesem Themenfeld, Konflikte im Zusammenleben sachorientiert anzugehen und sich zugleich dafür zu engagieren, dass die vielerorts gelebte Normalität medial, aber auch in der Alltagswahrnehmung mehr Beachtung findet als bisher.

6. Verstetigungsperspektive

Seit dem Ende der Förderung des Projekts durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern zum 31. Dezember 2009 wird das Projekt im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds durchgeführt. Die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung unterstützt das Projekt weiter. Projektziel im Haushaltsjahr 2010 ist die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer Struktur, die im Einzelfall konfliktlösend agieren und sachgerecht über Chancen, Probleme und die Normalität des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen informieren kann. Für das Haushaltsjahr 2011 wurden fristgerecht Anträge auf Projektförderung im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt. Beantragt wurde ein Projekt „Informations- und Koordinationsstelle Muslime in Deutschland“, das die Erfahrungen des Interkulturellen Rates im Rahmen des Clearingprojekts und beim Aufbau von Islamforen auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene aufgreift und weiterentwickelt.

7. Verwendung der Bundesmittel

Die im Berichtszeitraum bereitgestellten Bundesmittel wurden aufgrund der Zahl und Qualität der an das Projekt im Berichtszeitraum herangetragenen Eingaben und Anfragen überwiegend zur Deckung der Personalkosten herangezogen. Der hiermit verbundene Arbeitsanfall rechtfertigt die überwiegende Heranziehung der Bundeszuwendung für die Abdeckung der Personalkosten.

8. Danksagung

Das *Clearingprojekt* bedankt sich beim Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung für die finanzielle Förderung des Projekts. Für die inhaltliche Mitarbeit bedanken wir uns insbesondere bei den Mitgliedern des beratenen Netzwerkes des Interkulturellen Rates und bei den Organisationen und Einrichtungen, in denen diese Personen aktiv sind. Der besondere Dank des Projektleiters gilt dem Vorsitzenden des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch, auf dessen Erfahrung und Unterstützung er jederzeit zählen durfte.

Darmstadt im Juni 2010

gez. Torsten Jäger, Projektleiter